

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 1 Jänner 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung-
gen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Wie erstet die revolutionäre Einheitsfront?

„Auf Initiative der Kommunistischen Partei, der Reichspartikulation der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und des Zentralarbeitslosenkomitees fand am 23. Dezember eine Konferenz aller revolutionären Organisationen und von Vertretern der Betriebe und der Wiener Arbeitslosenvermittlungen statt, welche beschloß, einen Einheitskongre der Betriebsarbeiter und der Arbeitslosen von Wien zum 31. Jänner 1932 einzuberufen.“ Damit verbindet die „Rote Fahne“ vom 25. Dezember die Hoffnung, daß „ein weiterer praktischer Schritt auf dem Wege zur Herstellung der Kampfeinheit aller (!) Arbeiter und der Werk-tätigen gegen Faschismus und Hungersanierung ge-tan“ sei.

Schon die Erfahrung sagt uns, daß derartige „Kongresse“, deren es in der Geschichte unserer Partei unzählige gibt, immer noch wie das Hornberger Schießen geendet haben. Das ZK. hat sich unter dem Drucke unserer Kritik wohl zur Einheitsfronttaktik bekannt, aber nicht, um sie im leninischen Sinne anzuwenden, sondern um sie in zentristischer Beschränktheit zu sabotieren und zu diskreditieren. Ebenso würde hätte das ZK. eine Parteikonferenz einberufen und die oben angefuhrten Organisationen einladen können. Das wäre, vorausgesetzt, daß das ZK. eine solche Parteikonferenz zum Ausgangspunkt einer wirklichen Einheitsfrontpolitik gemacht hätte, ein erster Schritt nach vorwärts gewesen. Dieses ZK. ist — mit seiner zentristischen Konfusion — nicht befähigt, die Kampfeinheit „aller“ Arbeiter und Werk-tätigen zu organisieren.

Unter dem Eindruck des Voitsberger Arbeitermordes ruft die „Rote Fahne“ vom 18. Dezember: „Um die Kommunisten herum gilt es, die Einheitsfront zu schließen.“ So ruft im Momente der Gefahr auch der Hahn seine Hühner. Aber eben nur seine Hühner. Die Kommunistische Partei steht vor einer weit komplizierteren Aufgabe. Sie darf sich nicht darauf beschränken, nur ihre Anhänger zu rufen, sondern muß damit rechnen, daß die großen Massen ihren Ruf weder hören, noch ihm zu folgen bereit sind; ja daß viele ihn gar nicht verstehen.

Was heißt, die Kampfeinheit „aller“ Arbeiter und Werk-tätigen herzustellen? Vorerst sei festgestellt, daß sich das ZK. einer schweren menschenwurtel-sch-opportunistischen Entgleisung schuldig macht, indem es von der Kampfeinheit aller Werk-tätigen spricht. Eine solche „Einheit aller Werk-tätigen“ kann in einer Klassengesellschaft nie zustande kommen. Worauf es für revolutionäre Marxisten ankommt, das ist die revolutionäre Einheitsfront der entscheidenden Schichten (der Mehrheit) des Proletariats, das sich an die Spitze der Werk-tätigen in Stadt und Land stellt. Und wo sind diese entscheidenden Schichten des Proletariats organisiert? Darauf gibt Lenin den Kommunisten am 3. Weltkongreß der KI. die Antwort und formuliert deren zentrale Aufgabe:

„Erstens die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Je organisierter das Proletariat in einem entwickelten kapitalistischen Lande ist, um so mehr Gründlichkeit in der Vorbereitung der Revolution erfordert die Geschichte von uns, und mit um so mehr Gründlichkeit müssen wir die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft erobern.“

Diese Worte gelten insbesondere für Oesterreich, dem Lande der stärksten gewerkschaftlichen Organisationen. Wollen wir Kommunisten die oesterreichische Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf gewinnen und zu diesem Zwecke hat Lenin den west-europäischen Kommunisten die scharfe Waffe der Einheitsfronttaktik geschmiedet, so ist diese Aufgabe nur auf dem Wege der Revolutionisierung der Gewerkschaften zu lösen. Und gerade diesen Weg geht das ZK. — trotz mancher zweideutiger Lippenbekenntnisse — nicht. Die Entwicklung der KPOe. geht seit Jahren abseits von den entscheidenden Massenorganisationen des Proletariats, den Gewerkschaften. Die RGO-Taktik des Stalinkurses ist gewerkschaftlicher Anarchismus. In den Gewerkschaften die RGO-Taktik anzuwenden, ist gleichbedeutend mit der Provokierung des Ausschlusses und der Schaffung neuer Gewerkschaften. Alle An-

1932: Jahr der Entscheidung

Weltreiche, wie Amerika und England, sind von der Weltkrise erschutert. Europa ist vulkanischer Boden. Die Weltkrise des Kapitalismus hebt die politischen Systeme aus ihren Fundamenten. Die Monarchie Spaniens ging in Trümmer, die Demokratien Mitteleuropas sind dem Tode geweiht und die Diktaturen des Balkans wackeln. Das christlich-nationale Horty-Regime, die älteste Diktatur der Nachkriegszeit, steht vor dem Zerfall; schon mußte es seinen Finanzbankrott verkünden. Die Agrarkrise verwandelt die Bauern aller Erdteile und Länder in Rebellen. Ohne wirtschaftliche Perspektive und ohne Zukunft (taumelt das Weltkapital ins neue Jahr. Von Raubgier und imperialistischen Gegensätzen erfüllt, sieht das Weltkapital in einem Koalitions-krieg gegen die Sowjetunion und dem Sieg des Faschismus in Mitteleuropa seine Rettung vor der proletarischen Revolution. Während das Kapital unter dem Drucke der Massen in Spanien die Monarchie für die bürgerliche Demokratie eintauschte, in Bulgarien und Jugoslawien der Diktatur einen demokratischen Anstrich gab und geneigt ist, selbst Mussolini zu opfern, um in Italien „demokratischen“ Regierungsformen Platz zu machen, steuert es in Deutschland, dem Schlüssel zur internationalen Lage, zur faschistischen Diktatur, zur blutigen Abrechnung zehntausender Arbeiter, zur Vernichtung der Arbeiterbewegung. Nicht weniger revolutionär ist die Lage in Oesterreich.

Die Ausweglosigkeit der oesterreichischen Wirtschaft treibt die „Bourgeoisie“ — gleich der deutschen — zur faschistischen Lösung der für sie unhaltbar gewordenen Lage. In der Zerschlagung der oesterreichischen Arbeiterbewegung erblickt sie ihre letzte Reserve, um leben zu können. Die bürgerliche Demokratie vegetiert nur noch von der Unentschlossenheit der sich unversöhnlich gegenuberstehenden Klassen, die den letzten Kampf noch nicht wagt.

Seit dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt geht es rapid abwärts. Alle Tolerierungspolitik der Rothschildsozialisten vermochte die Lage nicht zu retten. Immer drohender wächst aus dem Sumpf der Rothschildsanierung die monarchistisch-faschistische Reaktion. Im Schoe der bürgerlichen Demokratie entfaltete sich die Hydra des Faschismus.

sätze einer revolutionären Gewerkschaftsopposition in den reformistischen Verbänden wurden von der RGO-Taktik zerschlagen. Viele revolutionäre Gewerkschafter sind, da sie das Damoklesschwert der RGO-Taktik über sich fühlen, zur Passivität gezwungen. Aber auch dort, wo die RGO. vorübergehend Masseneinflu besaß (Deutschland), war ihr Schwerpunkt nicht innerhalb, sondern außerhalb der Gewerkschaften. Statt die Unorganisierten unter ihrer revolutionären Führung in die Gewerkschaften zurickzufuhren und dieselben in revolutionäre Kampforganisationen umzugestalten, schuf die RGO. einflulose und ohnmächtige Sektten.

Rückkehr zur leninischen Gewerkschaftstaktik. „Man muß verstehen, dem allem (Ausschlubesetzungen der Gewerkschaftsburokratie. Anm. d. Red.) Widerstand zu leisten, sich zu jedem und allen Opfern zu entschließen und wenn es nötig ist — sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaft einzudringen, in ihnen zu verbleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“ (Lenin.) Das ist eine der fundamentalen Voraussetzungen zur Anwendung der leninischen Einheitsfronttaktik.

Indem das ZK. nur die „Einheitsfront um sich herum“ anstrebt, schaltet es vorweg eine wirkliche Massenmobilisierung gegen Faschismus und Hungersanierung in den proletarischen Organisationen aus und beschränkt sich unter der Flagge „Rote Einheitsfront“ auf die Werbung von Mitgliedern für die oben angefuhrten revolutionären Organisationen. Mit Einheitsfronttaktik hat das Werben zum Beitritt in revolutionäre Organisationen nichts gemein. Denn das Werben von Mitgliedern ist ein Teil des organisatorischen Lebens jeder Organisation; somit wäre das politisch-organisatorische Leben jeder Partei „Einheitsfronttaktik“.

Die sich am 31. Jänner 1932 versammelnden Vertreter der revolutionären Organisationen können ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie erstens ein revolutionäres, der konkreten Lage und den unmittelbaren Bedürfnissen des Proletariat entsprechendes Aktionsprogramm ausarbeiten, zweitens, sich als die re-

Der Freispruch der Putschisten vom 13. September hat dem letzten Arbeiter das Zusammengehen der Staatsgewalt mit dem Hahnenschwanz aufgezeigt. Selbst die zahlen, im parlamentarischen Kretinismus verstrickten SP-Fuhrer, mußten nach diesem Ereignis, dem vorrangig der Voitsberger Arbeitermord, nach Waffen rufen und das Recht der Arbeiter zum Besitze und zur Erzeugung von Waffen anerkennen.

Die Arbeiterklasse muß sich im klaren sein darüber, daß, wenn die sozialdemokratischen Fuhrer unter dem Drucke der Massen zu den Waffen rufen sollten, im Falle der Faschismus loschlagt, sie es nur tun, aus Furcht, die Arbeiterschaft werde ohne sie zu den Waffen greifen.

Daß diese Helden der „Abrüstung“ und der „geistigen Waffen“ gegen die waffenstarrende faschistische Bourgeoisie, jetzt bereits die Frage der Waffen stellen, beweist, wie kritisch die Lage in Oesterreich ist.

Wohl sagen die von kleinlicher Furcht und Zweifel zerfressenen Parlamentarier der SP den Arbeitern: „Für die Waffen. Aber nur zum Schutze der Republik.“ Für die Republik hat das Proletariat 13 Jahre gehungert, 13 Jahre Rechtslosigkeit und 13 Jahre ungesuhte Arbeitermorde ertragen, und zuzetzt überfällt sie das Proletariat im Bunde mit dem Hahnenschwanz, um ihm die letzten, durch Jahrzehnte erkämpften sozialen Rechte und Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Wenn die Arbeiterklasse ihre Waffen mit der monarchistisch-faschistischen Reaktion kreuzt, wenn Arbeiterblut fließen wird, dann nicht für die alte Hure Demokratie, sondern für die soziale Demokratie, für den Sozialismus.

Möge das Priemer-Urteil die letzte Tat der Rothschildrepublik gewesen sein, mögen die Landsknechte des Kapitals ihren baldigen Einzug in Wien feiern, die oesterreichische Arbeiterklasse hat noch nicht ihr letztes Wort gesprochen. Vieles spricht dafür, daß die Geschichte das oesterreichische Proletariat als erstes zum Waffengang um den Sozialismus herausfordert; daß von Oesterreich die neue Welle der proletarischen Revolution ihren Ausgang nimmt. Kommunisten, seid gerüst!

volutionare Minderheit mit diesem Aktionsprogramm an die proletarischen Massenorganisationen vor allem den Gewerkschaften — wenden und zum gemeinsamen Kampf auffordern, drittens, allen revolutionären Gewerkschaften, auf dem Boden der leninischen Gewerkschaftstaktik, für den revolutionären Massenwiderstand im Sinne des Aktionsprogramms einzutreten. Nur ein solches, von „oben“ und „unten“ ernst gemeintes Einheitsfrontangebot an die große Masse der organisierten Arbeiterschaft vermag die revolutionären Elemente in der Arbeiterschaft zu verwurzeln und jenen Massensturm auszulösen, der die reformistischen Spitzen teils entlarvt, teils mitreißt oder über ihre Köpfe hinweg zum revolutionären Massenkampf führt.

Die Kommunistische Linksopposition kann nicht jene Aufgaben erfüllen, die der gesamten kommunistischen Bewegung zukommen, aber sie kann und wird im unermüdlichen Kampfe der KPOe. den Weg weisen, der zum Siege führt. Unsern Kampf unterstützen heißt, den zentristischen Schutt wegräumen, der unsere Partei in ihrer Entwicklung zu einer Massenpartei hindert.

Ausnahmestand verlängert

Die Regierung hat das bis zum 6. Jänner 1932 sich erstreckende, ganz ungesetzliche allgemeine Versammlungs- und Demonstrationsverbot bis 31. Jänner verlängert. Dieser unerhörte Willkürakt ist hauptsächlich gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gerichtet, um die Organisation des Massenwiderstandes gegen den Hungertod und den drohenden faschistischen Aufstand zu behindern. Lohnraub, Erpressung, Arbeitermord, Rechtslosigkeit und jetzt noch Knebelung, das ist der Weg zum Faschismus.

Arbeiter, in euren Organisationen, vor allem in den Gewerkschaften muß der Massenprotest gegen das Hungerrregime und den Ausnahmestand organisiert werden.

Die mandchurischen Ereignisse u. die Kommunisten

Von Niel-Sih.

Anmerkung der Redaktion. Diesen Artikel unseres chinesischen Genossen Niel-Sih entnehmen wir dem Organ der amerikanischen Linksoption „The Militant“. Dieser für den europäischen Arbeiter sehr interessante Bericht gibt Einblick in die blutigen sozialen Kämpfe im chinesischen Reich und die verbrecherische Politik des Stalinismus. Wir bemerken ergänzend zu den Ausführungen des Gen. Niel-Sih, daß erstens die Okkupation der Mandchurei durch Japan, keine ausschließlich japanische Angelegenheit ist, sondern hinter Japan die Großmächte stehen und die Provokation der Sowjetunion zum Ziele hat, zweitens, daß es die Aufgabe der Kommunisten ist, nicht antijapanische, sondern ant imperialistische Assoziationen zu schaffen, denn nicht nur der japanische, sondern jeder Imperialismus unterjocht die Völker. Ferner ersuchen wir unsere Leser, den etwas schwerfälligen Stil zu entschuldigen, der durch die Übersetzung entstanden ist.

(Aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.)

Das dominierende Ereignis in der Politik des Fernen Ostens, ist jetzt die mandchurische Okkupation, welche die ganze Welt wie ein Blitz aus heiterem Himmel über raschte. Die japanischen Imperialisten haben ihre Wünsche und Pläne, die sie seit Jahren hatten, die Mandchurei ihrem eigenen Territorium hinzuzufügen, durchgeführt. Sie wählten den richtigen Moment für ihre Aktion, da die Vereinigten Staaten und England von der Weltkrise ernstlich betroffen wurden, sowie sie den richtigen Moment während des Weltkrieges wählten, um ihre wichtigen (?) Punkte, China zu diktieren. Die japanischen Imperialisten sind immer an der Arbeit, um China in einem Zustand der Spaltung und Uneinigkeit zu halten und um die Militaristen zu veranlassen, sich gegenseitig zu bekämpfen, um im Trüben zu fischen.

Nach der Unterdrückung der Revolution, nach der Ermordung Zehntausender von Revolutionären, degenerierte die Nanking-Regierung auf dieselbe Art wie die frühere Peking-Regierung. Sie kann keinen Widerstand bieten gegen die Angriffe der ausländischen Imperialisten, nur daß sie noch viele revolutionäre Phrasen gebraucht, die zeitwidrige Erinnerungen der Vergangenheit sind. Angesichts eines räumlichen Krieges Japans gegen China, sind die Generale Chang Hsien Langs nur retiniert, als die Japaner vorrückten, und streckten ihre Waffen, u. m. der japanischen Armee freie Hand zu lassen in dem Territorium, das sie regierten. Sie sehen zu, wie die Japaner bombardieren, plündern und morden.

Der Widerstand der chinesischen Massen.

Die Nanking-Regierung, an deren Spitze Chiang Kai Sheck* steht, ist nicht besser. Chiang Kai Sheck predigt „Beruhigung“ und „Ausdauer“. Gerade so, wie die mandchurischen Generale den passiven Widerstand ausüben bei der Auslieferung des Volkes in die Klauen des japanischen Imperialismus. Eine Welle des Unwillens und der Entrüstung verbreitet sich über ganz China, Studenten sind auf der Straße und reden zu den Massen, Massenversammlungen werden abgehalten und antijapanische Assoziationen organisiert, der antijapanische Boykott soll verstärkt werden, Zirkulare, Flugblätter und Plakate werden verteilt. Leider sind aber die Proteste und der Widerstand der Masse bis jetzt meistens nur Worte und sentimentale Phrasen, charakteristisch für die kleinbürgerliche Bewegung. Die Arbeiter nehmen nicht teil an der antijapanisch-imperialistischen Bewegung, denn sie haben sich noch nicht ganz erholt von den Wunden, die sie erlitten und es sind auch noch strenge Beschränkungen gegen sie.

Was muß getan werden, um die ausländische Invasion abzuschlagen? Was wird der Ausgang derselben sein? Viele öffentliche und legale Organisationen schreiben für einen Krieg gegen Japan. Aber ein Krieg gegen den japanischen Imperialismus bedeutet einen revolutionären Krieg. Es ist unmöglich für die Kuo Ming Tang-Regierung, einen Krieg zu führen, weil sie das Erwachen der breiten Massen fürchtet. Die einzige Alternative für die Kuo Ming Tang-Regierung ist, an den Völkerbund und an die Vereinigten Staaten zu appellieren um die Einmischung zugunsten Chinas.

Kuo Ming Tangs erschütterte Position.

Bis jetzt erhielt sie nur eine Zurückweisung vom Völkerbund. Nach all dem ist letzterer auf der Seite des japanischen Imperialismus, da er befriedigt ist von der sophistischen japanischen Erklärung, daß die militärische Invasion keine militärische Okkupation etc. ist. Der einzig offene Weg für die Nanking-Regierung ist, mit Japan direkt zu verhandeln, sich mit dem Verlust des Territoriums abzufinden und die Beleidigungen zu schlucken. Wird aber letztes Endes das Volk nicht erbittert über die Kapitulation der Regierung an das Walfengklirre und Säbelraseln des japanischen Imperialismus? Die Logik der Ereignisse sollte zur ernstlichen Erschütterung der Kuo Ming Tang-Herrschaft führen und sollte viele Möglichkeiten für die kommunistische Agitation eröffnen.

Die Kuo Ming Tang-Herrschaft hat dieses Jahr die schwerste Krise seit ihrer Machtergreifung im Jahre 1927 durchgemacht, ihre inneren tiefen Gegensätze zwischen den Chekiang- und den Kwantung-Fraktionen, die Revolte der nördlichen Militaristen, der Bauernkrieg in Zentralchina; die wachsende Not der Massen wegen der hohen Steuern und der hohen Lebenskosten, die nie dagewesene Hochwasserkatastrophe und die japanische Okkupation der Mandchurei sind dazu angeht, revolutionären Einfluß auf die Massen auszuüben. Hier und dort hören wir immer wieder die bittersten Töne der Feindschaft der unteren Schichten gegen Chiang Kai Sheck, Chang Hsi Liang und der Kuo Ming Tang, weil dieselben den passiven Widerstand gegen die

Angriffe der Japaner führen. Wo ist aber die kommunistische Partei, die die Feindschaft des Volkes gegen die Kuo Ming Tang ausnützen kann, um dieselbe zu stürzen? In anderen Worten, wo ist die komm. Partei, die einzige in China existierende Partei, welche gegen jegliche Schattierung der Kuo Ming Tang ist?

Wir müssen die Geschichte der KP Chinas der letzten zwei Jahre schreiben, um die gegenwärtige Lage der Partei zu verstehen. Zwischen September 1930 und Jänner 1931 waren zwei Wendungen in der Partei, die mit der gänzlichen Ausschaltung der Li-Li-Sian-Gruppe aus der Führung endeten. Dieselbe wurde als Sündenbock geopfert für die abenteuerlichen Sünden der stalinistischen EKKI.

Einfluß der Vergangenheit auf die gegenwärtige KP Chinas.

Es ist wirklich amüsant, den Brief der Komintern vom letzten November (1930) an das ZK der KP Chinas zu lesen, der die Politik der Li-Li-Sian-Gruppe verdammt. Der Hauptpunkt des Briefes war: „der Kurs des bewaffneten Aufstandes ist bereits bestimmt, die Bedeutung der Errichtung der Sowjetregierung liegt in der Tatsache, daß die KP Chinas auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes in den großen und größeren Städten ist“, aber „Gen. Li-Li-Sian sah das Heranreifen der revolutionären Situation im nationalen Maßstabe“ und „schlug vor, einen bewaffneten Aufstand in Hankau zu beginnen, wenn die KP Chinas in jenem Territorium nur 200 Mitglieder und die Rote Gewerkschaft nur 150 Mitglieder hat“.

Der Vollstrecker Li Li Sian sollte das volle Recht haben, die Weisen der Komintern zu fragen, warum sie sich für den bewaffneten Aufstand in den großen und größeren Städten entschieden, wenn sie im selben Brief zugab, „die aufsteigende Welle der Arbeiterbewegung im allgemeinen, sogar in den entscheidenden Industriestädten (Hankau, Shanghai, dem Yangtse entlang, nichts zu sagen von Kanton, Hongkong, Darien, Horbin etc.) bleibt zurück von der Bauernbewegung. Sogar in Shanghai und Hankau haben sich die Streikämpfe nicht schnell entwickelt. Sogar in den Mai und August-Demonstrationen dieses Jahres (1931) — — — waren die Teilnehmer nur Vortrupp des Vortrupps. Das Proletariat ist sehr schwach organisiert.“ Die Niederlage der „roten Armee“ bei Changcha im August 1930 und das folgende Regime des weißen Terrors machte das EKKI zittern nach den Folgen ihrer eigenen Politik und war der wirkliche Grund der Absetzung der Li-Li-Sian-Führung, um das Gesicht der KI zu retten, und um die Wut der Parteimitglieder abzulenken.

Der Brief beschuldigte Li Li Sian, für das Fehlschlagen, „die revolutionäre Basis zu organisieren und zu befestigen, die Sowjetdistrikte zu vereinigen, die gemachten Erfolge zu kontrollieren — — — den Rückzug zu organisieren und die Reserven einzubeziehen“, und für den Versuch, durchzuführen „die Aufgaben der Okkupation von Changcha und den vorbereitenden Marsch nach Hankau, welchen durchzuführen die Rote Armee nicht stark genug ist“. Auf Grund dieser schwachen Argumente erklärte das EKKI die Linie von Li Li Sian als prinzipiell antagonistisch und als gegenseitlich außerhalb der Linie des EKKI und daß sie antimarxistisch und antieninistisch sei. Sie stellten zwei Formeln auf: „die revolutionäre Basis zu konsolidieren“ und „für den Kampf bis zum Sieg in einer oder mehreren Provinzen“.

Die vorteilhafte Zweideutigkeit der stalinistischen Formeln.

Die stalinistischen Direktiven sind immer zweideutig und deshalb unfehlbar. Seit dem sechsten Kongreß der Partei (1928) wurde die Perspektive der Partei der „Kampf bis zum Sieg in einer oder mehrerer Provinzen“. Wer zur Zeit der Ebbe der Revolution diese Perspektive bezweifelte, wurde als Liquidator und Konterrevolutionär bezeichnet. Als aber der loyalste und bestbeachtete Stalinist, Li Li Sian, ernstlich diese Perspektive erstrebte, (Einnahme von Changcha und der vorbereitende Marsch auf Hankau), dann entdeckte man plötzlich, daß er die revolutionäre Basis nicht konsolidierte, er wurde als Antieninist gebrandmarkt, der prinzipiell nichts gemein hat mit der Linie des EKKI.

Der Brief des EKKI war fatal für die Partei und öffnete ein neues Blatt im Leben derselben, besser gesagt, in ihrer Degeneration. Politisch bedeutet es die komplette ideologische Entwaffnung der Partei, ihrer Perspektive und Orientierung. Bisher wurde die gesamte Partei geschult nach der Perspektive, jedoch einer falschen, der unmittelbaren Machtergreifung, „in einer oder mehreren Provinzen“ und „des bewaffneten Aufstandes in den großen und größeren Städten“, aber mit dem Fall von Li Li Sian in der Partei, verlor diese Perspektive in alle Winde. Diese Perspektive wurde ersetzt durch inhaltlose Parolen, wie „verteidigt die Rote Armee“, „verteidigt die Sowjetregierung“, „verteidigt die Sowjetunion“, „nieder mit der Kuo Ming Tang“, „nieder mit dem Imperialismus“ etc. Prinzipiell lehnte die Partei die demokratischen Lösungen ab. Die Lösungen des bewaffneten Aufstandes und der Sowjets wurden nicht von der Tagesordnung genommen. Es ist notwendig zu rüsten. Aber weder diese Perspektive wird nicht ernst genommen von den Parteimitgliedern, oder die Partei steuert in der Zukunft einer neuen Katastrophe zu, für die wieder die Vollstrecker beschuldigt werden. Derart ist der Mechanismus der stalinistischen Führung. Deshalb schwor der Brief des EKKI, daß nur jene, die mit Bolschewismus nichts gemein haben, diese Linie als die des Rückzuges interpretieren können. Gerade das Gegenteil, dies ist ein gänzlich verworrenen Rückzug, der Konfusion in die Reihen der Partei säte und das Vertrauen derselben zu der Parteiführung schwächte.

Die Schwächung des Parteiparlaments.

Organisatorisch bedeutet der Brief des EKKI das mechanische Absetzen und Ausschließen von verantwortlichen aber nicht demütig gehorsamen Parteiarbeitern. Die mei-

sten der alten führenden Mitglieder und Kaders wurden entfernt und ersetzt mit unerfahrenen und theoretisch wenig geschulten Studenten, die von Moskau kamen und absolut kein Vertrauen in der Partei hatten, die aber dem EKKI absolut ergeben waren (ihr Repräsentant war Miff. Deshalb werden diese Studenten auch Miffs Gruppe genannt.) Manche der früheren Führer wurden zur lokalen Arbeit verwiesen. Andere wurden ausgeschlossen und formierten eine rechte Opposition, die eine ökonomische Tendenz verfolgt. Diese Opposition zog zuerst viele Arbeiter an sich in Shanghai und Nordchina und hat ihr eigenes Zentrum und eigene Lokalorganisationen. Andere wichtige Arbeiter, entfernt von ihren Führerpositionen, gingen offen zum Feind über und organisierten geschickt die Spionage, die zur Festnahme von Dutzenden wichtiger Parteigenossen (unter ihnen Gen. Hsiang Chu Fa), zur Entdeckung von illegalen Parteioorganisationen und zum Stillstand der Parteiarbeit, führte. Die verhafteten Genossen wurden sofort ohne allem erschossen.

Die Parteipresse beklagt sich öfters über prinzipienlose und persönliche Kämpfe der verschiedenen Gruppen. Sie werden argwöhnisch gegeneinander und haben wenig Kameradschaftsgefühl. So lange eine freie Diskussion der Probleme der Revolution verboten und die Führung von Karriereisten beherrscht ist, so lange die Partei Ergebenheit und Lippenbekenntnisse verlangt von den Mitgliedern (Mitglieder, die sich fürchten, ausgeschlossen zu werden, retten sich durch formale Berufungen, die fähigen und standhaften Genossen sind außerhalb der Partei zu finden), so lang diese Zustände existieren, wird die Partei, als eine Organisation, die für Ideen klämpfende Menschen zusammenschweißt, aufhören zu existieren. Die KP Chinas wurde derart von Stalin liquidiert und vernichtet. Er vollendete, was Chiang Kai Sheck nicht ganz vollbrachte. Was übrig blieb, ist nur ein Schatten der Partei.

Dennoch lassen wir in einem Aufruf an die Komintern, ROI etc., des ZK der KP Chinas, in dem dasselbe sprach als „die kommunistische Partei Chinas mit ihren 190.000 Mitgliedern und den Millionen von Arbeitern und Bauern —!“ (Inprekorr, Nr. 38). Und dennoch wütet die fortschreitende Reaktion in China. Tatsächlich sind im östlichen Distrikt Shanghaies — der größte Industriedistrikt — nur in einer großen Fabrik 20 Genossen, bei Versammlungen erscheinen nicht mehr als fünf! Der hingerichtete Hsiang Chu Fa sagte in seinem Bericht auf dem vierten Plenum der Partei (Jänner d. J.): „Die rote Gewerkschaftsbewegung hat große Verluste und Niederlagen erlitten, die Mitgliedschaft des ganzen Landes hat sehr abgenommen. Zum Beispiel in Shanghai ist die Mitgliedschaft (in der Roten Gewerkschaft) von 4000 auf 1000 zusammengeschrumpft. In Shanghai haben wir keine Verbindung mit vielen Arbeiterkämpfen, es sind viele Streiks, die wir nicht führen können.“

In anderen Industriestädten ist die Lage der Partei und der Roten Gewerkschaft noch schlimmer. Es gibt nicht das geringste Anzeichen, zu bestätigen, daß die Lage sich verbesserte seit dem letzten Jahre. Der obgenannte Brief des EKKI stellte als Hauptaufgaben gegenwärtig folgendes auf: 1. unmittelbar eine wirkliche Rote Armee der Arbeiter und Bauern zu wählen und konsolidieren, wenn im Anfang auch nur 40.000 bis 50.000 dieselbe zählt, 2. unmittelbar eine mächtige und fähige Sowjetregierung zu errichten mit einer kommunistischen Mehrheit, die besten parteilosen Arbeiter, Bauern und Soldaten für dieselbe gewinnen, 3. den ökonomischen und politischen Massenkampf zu entwickeln und die Massen in der Folge organisieren in den nicht-sowjetischen Distrikten

Tatsächliche Zustände in den Sowjetgebieten.

Die Hauptaufmerksamkeit der stalinistischen Bürokraten ist auf die Rote Armee, die Sowjetregierung gerichtet und die Parolen „verteidigt die Rote Armee“, „verteidigt die Sowjetregierung“, sind auf Plakate geschrieben, wo immer ein großes Ereignis sich abspielt. Den Arbeitern in den Städten wird gesagt, nicht an ihre eigenen Organisationen und Stärke zu glauben, sondern an die befreiende Rolle einer außenstehenden Macht — die Rote Armee und die Sowjetgebiete. Was sind aber die wirklichen Zustände in den Sowjetgebieten und in der Roten Armee?

Vor allem war es Stalin, der auf dem 16. Kongreß der KPSU sagte, in China „sagt man, werde eine Sowjetregierung errichtet“. Später aber, in dem Brief EKKI, wurde dies kategorisch gezeugnet und gesagt: „es ist noch keine Sowjetregierung in China, wenn eine ist, so existiert sie nur in Flugblättern, auf dem Papier und ist keine wirkliche Macht“. Ein Brief, gedruckt von dem Parteiorgan, Parteikonstruktion, beschreibt die wirkliche Lage in den Sowjetdistrikten, der die Ansichten der Linksoption voll bestätigt. Laßt uns einen Teil davon zitieren.

„Betreffend des Einflusses der Partei in den Massen“, lautet der Brief vom westlichen Hunan- und Hupeh-Sowjetgebiet, „weil die Propagandarbeit nicht dem allgemeinen Maßstab und schlecht gemacht wurde, halten die Massen — — — die kommunistische Partei für ein wenig besser als die Kuo Ming Tang, und in vielen Gegenden vertreten die Massen die Ansicht, da sie sowieso nur die Untertanen sind, ist es gleichgültig, welche Partei kommt und sie regiert.“

„Die meisten Parteiführer werden vor den Mitgliedern geheim gehalten. Die kommunistischen Mitglieder wissen nicht, was die KP ist. Zur Zeit der Unterdrückung der Wang Ching Wei-Gruppe (Kuo Ming Tang Reorganisation), haben sie daheim geweiht, weil sie dachten, daß sie zu den Reorganisatoren beigetreten sind. Die verantwortlichen Parteiarbeiter vergessen die Partei. Für drei oder vier Monate haben die Parteioorganisationen und Zellen keine Versammlung abgehalten. In den Massenorganisationen sind keine Parteizellen.“

* Er ist inzwischen zurückgetreten. (Anm. d. Red.)

„Die Mehrheit der Genossen der roten Gebiete ist korrupt, werden Bürokraten und drücken eine rechte Tendenz aus. Sie denken, seit die politische Macht erobert ist, braucht weiter nichts getan werden, sie sind tagelang auf der Weibersuche — — —“.

„Die verantwortlichen Genossen der Sowjetregierung führen die praktischen Forderungen der Massen keiner Lösung zu. Zur selben Zeit beherrschen reiche Bauern zwei Drittel der Positionen in derselben. Die Mehrheit der Kommissare sind Bürokraten, die Masse hat kein Vertrauen zu denselben und betitelt sie mit „Herr“, gerade so wie sie die früheren Gouverneure betitelte.“

Als Resultat der Tatsache, daß die Masse die Sowjets nicht versteht, sind in den roten Gebieten viele reaktionäre Elemente im Verborgenen, und die Sowjets sind hilflos gegenüber denselben — — —“ (Parteiinstruktion Nr. 3, 3. 1931.)

Mißwirtschaft in der Bauernfrage.

Der Redakteur dieses Organs zeigte auf, daß diese Dinge auch in den Kiangsi Sowjetgebieten vorkommen. Die Parteipresse und der Brief des EKKI klagten, daß die reichen Bauern und sogar die kleinen Gutsherren sich in die Rote Armee, in die Sowjets und in die neuen Organe der Macht, einschleichen. Das Land wurde zum Vorteil der reichen Bauern aufgeteilt, die armen Bauern, die Landarbeiter und die Kulis werden nicht in Gewerkschaften organisiert. Die Sowjets werden nicht gewählt, sondern ernannt, etc. Die chinesischen Stalinisten aber zusammen mit dem EKKI schreiben alle diese Fehler der Linie von Li Li Sian zu. Deshalb geben sie auf dem Papier solche Parolen, wie „gegen Korruption“, „gegen Bürokratismus“, „gegen die rechte Tendenz“, heraus.

Sie können nicht verstehen, daß die Fehler tiefer liegen: in der Natur der Bauernschaft, die für unabhängige, politische Tätigkeit unfähig ist, daß, wenn das Industrieproletariat passiv verbleibt, die Degeneration des bäuerlichen Kleinkrieges unausweichlich ist.

Die roten bäuerlichen Partisanen haben drei Kampagnen, die von der Nanking-Regierung im letzten Jahr gegen sie mit modern ausgerüsteten Truppen geführt wurden, ausgehalten, obgleich die anderen öfters zwei- oder dreifach in der Uebermacht waren. Dennoch hat die rote Partisanenarmee dieselben erfolgreich zurückgeschlagen, wobei sie zwei Divisionskommandanten tötete. Die Schwäche der Regierungstruppen liegt in der Tatsache, daß Zwietracht zwischen den Generalen und den Soldaten existiert und die Soldaten wollen nicht kämpfen (sie beschuldigen die Offiziere der schlechten Bezahlung und Behandlung), während dessen die roten Partisanen die Unterstützung der Bauernschaft haben; dies gibt ihnen einen großen Vorteil für das Führen des Kampfes.

Der Kiangsi-Partisanenkrieg ist im gewissen Sinne eine warnende Anklage gegen die Verbrechen der stalinistischen Führung in der zweiten Revolution, als sie vor der Bourgeoisie kapituliert. Heute kapituliert die stalinistische Führung vor der Bauernschaft, konzentriert die ganze Arbeit im Partisanenkrieg, löst die Partei auf in den bäuerlichen Massen, gibt die städtische Arbeit auf, und läßt das Proletariat aufschauern zur roten Partisanenarmee als die Retterin, so wie sie das Proletariat glauben machte, die Kuo Min Tang sei seine Retterin. Hegen wir keine Illusionen. Die Bauernschaft folgt entweder der Bourgeoisie oder dem Proletariat.

Es ist gerade zu dieser Zeit, daß die mandchurischen Ereignisse die ganze Nation aufrütteln, daß die breiten Massen erbittert werden über den passiven Widerstand der Kuo Min Tang, daß die Studenten und geknechteten Massen spontan auf die Straße gehen und handgeschriebene Plakate gegen den japanischen Imperialismus schreiben, gerade zu dieser Zeit, wenn die Führung der KP gebraucht wird, ist keine KP. Angesichts eines solchen Sturmes, vier Millionen aufrüttelt, versagt die KP Chinas vollkommen, diese diese Invasion als Raub von Territorium, das Erzwingen von Konzessionen und besonderen Rechten zu verstehen, die möglich sind, weil die chinesische Revolution auf der niedrigsten Stufe ist. Die Partei sieht die japanische Invasion nur als eine Intervention gegen die chinesische Revolution und die Sowjetunion. Deshalb werden ihre Parolen, „nieder mit der Intervention gegen die chinesische Revolution und die Sowjetunion“, „verteidigt die Rote Armee und die Sowjets“ etc., nicht begriffen von den Massen.

Welche Ironie der Führung, wenn wir uns der folgenden Stelle des Briefes des EKKI erinnern, der sagte: „das EKKI hält es nicht nur durchführbar, sondern notwendig, mit den Imperialisten zu manövrieren — wir müssen zu gleicher Zeit mit allen Mitteln die Allianz der Imperialisten mit der chinesischen Konterrevolution schwächen, um den entscheidenden Konflikt zu vermeiden mit derselben, bis wir uns konsolidieren, um den entscheidenden Konflikt mit den Imperialisten aufzuschieben.“

Das mandchurische Ereignis ist eine große Warnung für die revolutionären Kommunisten in China, wo die revolutionäre Gärung nicht ausgenützt wird, weil keine kommunistische Partei gegenwärtig ist. Die Gärung ist so tief und stark, daß nicht nur die unteren Schichten der Kuo Min Tang unzufrieden mit der Politik derselben sind, nicht nur die militärische Klammer lockert sich bis zu einem hohen Grad, um frei Lösungen zu schreiben, Versammlungen abzuhalten und die Ansichten zu äußern, sondern sogar in der Nanking-Regierung, dem starken Bollwerk der Reaktion und Konterrevolution, werden gewisse Bedenken gegen das blinde Morden der Kommunisten laut, weil dieselben verheißende Jugendliche sind und weil die Kuo Min Tang selbst schuldig ist, da sie das Land nicht zu Ruhe bringen kann. Die Massen brauchen eine Führung. Mit einer richtigen Taktik würde die komm. Partei schnell wachsen.

Fortschritte und Hindernisse der Linksoption.

Die chinesische Linksoption hat kaum die Einheit in ihren Reihen hergestellt unter der Führung des Inf. Sek. und Gen. Trotzki, als die Schläge der Kuo Min Tang auf uns niedersauren. Nach der Verhaftung von 13 Genossen

am 21.—22. Mai, von denen einer Mitglied des bestehenden Komitees ist, wurde ein anderer wichtiger Arbeiter der Opposition am 16. August verhaftet. Trotz der Schläge gegen unsere Organisationen marschieren wir vorwärts, geben eine Zeitung heraus und organisieren Arbeiter. In Shanghai organisieren wir antijapanisch-imperialistische Assoziationen unter den Kuo Min Tang Arbeitern.

Unser Zentralorgan, „Der Funke“, wurde von einer vierzehntägigen Zeitung in eine wöchentliche verwandelt, leider in Mimographform, nebenbei erscheint eine halb-wöchentliche Zeitung für die Arbeiter, und wir planen legal eine gedruckte Zeitung herauszugeben.

Die Arbeiter beginnen sich jetzt zu regen, und wir werden wachsen mit dieser Regung. Die Unterstützung der nationalen Bewegung wird von jetzt an hauptsächlich davon abhängen, ob die Arbeiter aktiv auf den Plan treten mit antijapanischen Streiks und Manifestationen.

Trotz der Tatsache, daß die Stalinisten fortfahren uns zu schimpfen und uns Liquidatoren und Konterrevolutionäre nennen, hat die Kuo Min Tang eine nähere Ansicht über uns. Die Stalinisten können uns nicht kompromittieren mit dem Ausschließen, die Öffentlichkeit und die Arbeiter-

klasse betrachten uns als Kommunisten, gerade so wie wir die Wang Chang Wei und Ko, immer als Kuo Min Tangisten trotz ihres Ausschlusses von Chang Kai Scheck, betrachten. Mit Ausschließen schwächen die Stalinisten nur den Kommunismus und machen ihre bürokratische Selbsterhaltung möglich.

In den Thesen des Propagandadepartements des ZK der Kuo Min Tang, die an ihre Gruppen gesandt wurden, nach einer Untersuchung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Stalinisten und den Trotzkiisten haben sie sich folgend geäußert: „die Taktiken der „trotzkistischen“ Gruppe gegen China sind giftiger und gefährlicher als diese der stalinistischen Gruppe. Nach der Niederlage der stalinistischen Taktik im Kleinkrieg, wird die kommunistische Partei zur trotzkistischen Taktik übergehen. In der nahen Zukunft wird unabwendbar eine Spaltung in zwei Parteien sein.“ Die Kuo Min Tang weiß genau, welcher von uns der gefährlichere Feind ist. Es ist eine bessere Antwort an die Stalinisten, als irgendeine von uns. Wir hoffen nur, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo diese Gefahr eine wirkliche wird.

Shanghai, 2. Oktober 1931.

Probleme der spanischen Revolution

Von Kurt Landau.

(I. Fortsetzung.)

3. Der Zentrismus in der demokratischen Revolution.

Der 14. April hat die demokratische Revolution eingeleitet. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse erwartete: Die republikanische Regierung wird soziale Reformen einführen, den Kampf für höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit unterstützen, die politische und wirtschaftliche Macht der Kirche restlos liquidieren, Aristokraten und Klerus entschädigungslos enteignen und die korrupte, blutbesudelte Militär- und Verwaltungsbürokratie der Monarchie beseitigen. Die Masse der Arbeitslosen erwartete eine ausreichende gesetzliche Erwerbslosenunterstützung und die Landarbeiter und kleinen Bauern die Herausgabe des gutsherrlichen und kirchlichen Landbesitzes.

Nichts von alledem geschah! Die republikanische Regierung setzte sich jedem ersten Versuch der Arbeiter, durch Massenstreiks ihre Lebenslage zu verbessern, militärischen Widerstand entgegen. An der Spitze der reaktionären, republikanischen Front standen neben den frischgebackenen Republikanern vom Schlage Zamoras die „Sozialisten“, Caballero & Co.

Um das Banner der Demokratie sammelte sich die gesamte Reaktion, weil einzig und allein die Fahnen der Demokratie gestatteten — ohne auf entscheidenden Massenwiderstand zu stoßen — die Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten. Dieses Zusammenspiel der feudalen Mächte mit den zur vollen Macht gelangten bourgeois Kräften gegen die revolutionäre Demokratie, vertreten durch die Arbeiterklasse, ist nicht für die spanische Revolution allein charakteristisch. Engels wies bereits darauf hin, daß „unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtheit“ ist.

Diese Erscheinung ist, seit das Proletariat begonnen hat, als selbständige Klasse die geschichtliche Tribüne zu betreten, für alle Revolutionen charakteristisch, auch für die proletarischen, wie die Geschichte der Revolution von 1918 in Deutschland und Oesterreich und nicht zuletzt auch die Geschichte der Oktoberrevolution beweist; wir sehen den entscheidenden konterrevolutionären Vorstoß, der sich auf soziale Kräfte im Lande und nicht allein auf Armeen stützt, nämlich die Erhebung in Kronstadt 1921, im Zeichen der „reinen Demokratie“ die Waffen gegen das revolutionäre Proletariat erheben.

Bedeutet dies, daß es genügt, dies der Arbeiterklasse zu sagen, auf die geschichtlichen Erfahrungen zu verweisen, die Lösung der proletarischen Diktatur aufzustellen und zu warten, daß die eigenen Erfahrungen die Massen ihre demokratischen Illusionen überwinden lehren?

Wir halten diese Strategie, wie sie insbesondere unsere italienischen Freunde den spanischen Kommunisten empfehlen, für grundfalsch. Gewiß verfliegt der demokratische Rausch der Apriltage; gewiß enttäuscht die Bourgeoisiedemokratie tagtäglich die hochgespannten Erwartungen der arbeitenden Klassen. Aber diese Enttäuschung ist an sich noch kein revolutionärer Faktor im Prozeß der Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes. Die Erfahrungen der Revolutionen des 20. Jahrhunderts, insbesondere der der zertretenen proletarischen Revolutionen von 1918, haben uns gelehrt, daß die Enttäuschung der Massen über die Bourgeoisiedemokratie nur dann revolutionierend wirkt, wenn es den Kommunisten gelungen ist, die Massen im Kampf um jene demokratischen Forderungen zu sammeln, deren Erfüllung die „offizielle“, herrschende Demokratie mit allen Mitteln verweigert. Nur in diesem zähen und systematischen Kampfe lernen die Massen erkennen, daß selbst ihre bescheidenen, dem Wesen nach spezifisch demokratischen Forderungen unter der Herrschaft der Bourgeoisie nicht erfüllt werden und sie gehen von der politischen Demokratie, die sie errungen haben, zum Kampf um die soziale Demokratie über, die mit der Herrschaft des Privatigentums unvereinbar ist.

Wo dieser Kampf nicht geführt wird, wo die Kommunisten sich darauf beschränken, die unvermeidliche Enttäuschung der Massen abzuwarten oder mitten in die Fütterwochen der Demokratie als kleine Minderheit einen aussichtslosen Aufstand zu versuchen, dort wird die Revolution bedingungslos mit einer vernichtenden Niederlage enden.

Darüber scheinen sich heute bereits fast alle spanischen Kommunisten einig zu sein. Der Gegensatz, der sie trennt, liegt nicht auf diesem Gebiete, sondern er betrifft die grundlegenden strategischen Fragen der proletarischen Revolution. Wenden wir uns zunächst der kommunistischen Partei Spa-

niens und ihrer Politik zu. Es wurde bereits gesagt, daß die Berichte über Spanien in der offiziellen Kominternpresse mehr als spärlich sind. Noch spärlicher sind — wenigstens in der offiziellen Presse — die Berichte über das innere Leben in der spanischen Partei; aber selbst diese spärlichen Berichte genügen, um einen erschreckenden Einblick in die Verwirrung zu gewinnen, die in der spanischen Partei herrscht.

In der vorrevolutionären Periode, insbesondere in den Monaten nach dem Sturze Prima de Riveras, führte die spanische Partei weit ab von den revolutionären, sich entfesselnden Massenkämpfen, das beschauliche Leben einer einflusslosen Sekte. Auf die „Ideen“, die damals in der Partei vorherrschten, wirft ein Brief der spanischen Parteilitung ein grelles Licht:

„Während eine Gruppe von Genossen, beeinflusst von der unbestreitbaren Wichtigkeit feudaler Ueberreste in der Wirtschaft des Landes und von der politischen Kraft der Parteien, die die Interessen der halb-feudalen Kasten verteidigten, besessen von dem bürgerlichen Charakter der Revolution, die auf der Tagesordnung stand, zu dem Schlusse gelangten — wenn sie ihn auch nicht offen formulierten —, daß die Bourgeoisie die treibende Kraft dieser Revolution sein müsse, unterschätzten andere Genossen die Wichtigkeit der feudalen Reste und nahmen an, daß die Stunde der proletarischen Revolution gekommen sei.“

Hier offenbart sich in der erschreckendsten Weise, wie die Sünden des stalinischen Regimes, seine theoretische Verlotterung, die Mitglieder der Parteiführungen geistig entwaffnen. Die spanischen Kommunisten haben die Strategie und Taktik Stalin-Bucharins in der chinesischen Revolution verfolgt und sie haben aus ihr die ehmenschewisische Lehre gezogen — immer den Spuren Stalins folgend —, daß die treibende Kraft der demokratischen Revolution die Bourgeoisie marschieren müsse. Die Folgen dieser völlig falschen Einschränkung der treibenden Kräfte der heraufziehenden Revolution zeigen die Kommunisten vor dem Ausbruch der revolutionären Krise in hoffnungsloser Passivität. So berichtet die offizielle Kominternpresse:

„Infolge ihrer sektiererischen Abgeschlossenheit verstand es die Partei während der gewaltigen Streikbewegung im Jahre 1930 vor dem Dezemberaufstand nicht, den Kontakt mit den Massen herzustellen. Sie verstand es nicht, wirtschaftliche Teilforderungen aufzustellen.“ („Komm. Internationale“ Nr. 17/18, S. 730.)

Diese Kritik der Kominternpresse ist zweifellos richtig. Sie besetzt nur einen „kleinen“, aber nicht unwichtigen Mangel, indem sie verschweigt, daß die offizielle Führung der Komintern (Manuisky) ebenso wenig das Heranreifen der demokratischen Revolution in Spanien sah, wie seine spanischen Stipendisten.

Welchen Weg wies aber die Kominternführung der spanischen Partei, nachdem beide die Revolution in der schmächtigsten Weise verschlafen hatten? Wie das Proletariat von der demokratischen zur sozialistischen Revolution führen? Darauf antworten die Kominternstrategen:

„Unter den in Spanien herrschenden Verhältnissen kann das Proletariat für die proletarische Revolution reif werden, indem es die Etappe der revolutionären, demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft durchschreitet.“ („Komm. Internationale“, Nr. 17/18, S. 731.)

Was bedeutet diese „demokratische Diktatur zweier Klassen“, die, wie man uns erklärt, das Proletariat erst „reif“ für seine eigene Klassenherrschaft, für die proletarische Diktatur machen soll? Wie soll sie gebildet werden? Was unterscheidet sie von der Diktatur des Proletariats?

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, wollen wir untersuchen, wie nach der Auffassung der Kominternstrategen, diese „demokratische“ Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft entstehen wird. Wird sie das Endprodukt der Aprilrevolution, also der bürgerlichen Revolution sein? Oder wird sie das Ergebnis der zweiten, der Arbeiterrevolution sein? Mit dieser Frage hat sich die „Prawda“ vom 10. Mai eingehend befaßt und sie kommt zu folgendem Ergebnis:

„In Spanien kann die sozialistische Revolution nicht die unmittelbare Aufgabe des Tages sein. Die nächste Aufgabe ist die Arbeiter- und Bauernrevolution gegen die Gutsbesitzer und Bourgeoisie.“

Was aber ist diese Arbeiter- und Bauernrevolution, die der sozialistischen Revolution entgegengestellt wird?

Diese Frage mit aller Schärfe stellend, schreibt Trotzki in seiner Broschüre „Die spanische Revolution und die ihr drohenden Gefahren“:

„Bedeutet er (der Satz von der Arbeiter- und Bauernrevolution. Anm. K. L.), daß in der Mitte zwischen dem bürgerlich-republikanischen Regime und der Diktatur des Proletariats eine besondere Arbeiter- und Bauernrevolution bevorsteht? Wobei diese besondere, zwischenstufige „Arbeiter- und Bauernrevolution“, im Gegensatz zur sozialistischen, eine „unmittelbare Aufgabe“ ist? Also ist die Aufgabe des heutigen Tages doch eine neue Umwälzung? Auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes oder auf anderem Wege? Worin wird sich diese Arbeiter- und Bauernrevolution gegen die Gutsbesitzer und Bourgeoisie von der proletarischen Revolution unterscheiden? Welche Partei wird die erste Revolution zum Unterschied von der zweiten leiten? Worin besteht der Unterschied in Programm und Methode dieser zwei Revolutionen?“

Das sind die Fragen, die einer sofortigen Klärung bedürfen, wenn die jammervolle Verwirrung, die die spanische Partei am Vorabend der bürgerlichen Revolution bewies, ihr nicht im weiteren Verlaufe der Revolution das Genick brechen soll.

Diese Frage behält auch nach der jüngsten Wendung, die die spanische Partei in der jüngsten Zeit durchführte, ihre ganze Aktualität. Unter dem Druck der Tatsachen, der Unzufriedenheit der Parteimasse, und nicht zuletzt vorwärtsgeworben durch die scharfe Kritik der revolutionären Marxisten in Spanien und in der Komintern, hat die Kominternführung und die Führung der spanischen Partei ein sehr weitgehende Wendung durchgeführt. In Spanien zeigte sich das schwankende Wesen des Zentrismus in besonders grellem Lichte, sowohl seine Kapitulation vor revolutionären Ereignissen, die ihn stets überraschen, als auch seine An-

passungsfähigkeit und seine Fähigkeit zu Linksschwankungen, wenn der Druck der vorwärtstreibenden Kräfte keinen anderen Ausweg mehr läßt, als schroff nach rechts oder nach links zu wenden. Die „spanische Wendung“ hat viele und wichtige Irrtümer der letzten Monate korrigiert. Die Notwendigkeit, den Kampf für demokratische Forderungen zu führen, um auf diese Weise die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, wurde rückhaltlos anerkannt. Die zentrale Bedeutung der Schaffung von Sowjets wird anerkannt, wenn auch keine theoretische Klarheit darüber besteht, wie diese Sowjets geschaffen werden sollen. Aber in der entscheidenden, strategischen Frage der Revolution hat die Partei keinerlei Umrüstung vorgenommen. So heißt es in dem Beschluß des ZK der spanischen Partei, in dem die Notwendigkeit der Wendung proklamiert wird, u. a.:

„Aber der entscheidende Fehler der Partei am 11. April war, daß sie nicht verstand, daß sie nunmehr die Lösungen der demokratischen Revolution ausgeben müsse, um die Massen in revolutionäre Aktionen unter ihrer Leitung zu führen ... daß sie nicht verstand, daß der Weg, der in Spanien zur sozialistischen Revolution und zur proletarischen Diktatur führt, über den Kampf zugunsten aller demokratischen Forderungen — das Land den, die es bebauen, Bewaffnung des Volkes etc. — und für die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern (unterstrichen von mir, K. L.) geht.“

Die Orientierung auf die demokratische Diktatur zweier Klassen als Brücke zur proletarischen Diktatur bleibt also unverändert bestehen und damit auch die entsprechende „zwischenstufige“ Revolution, wie Trotzki sagt; das zwingt uns mit aller Deutlichkeit die Frage zu untersuchen, ob eine solche Uebergangsdiktatur zweier Klassen möglich ist und welche Rolle diese Strategie in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gespielt hat und heute noch spielt. (Fortsetzung folgt.)

Die Durchführung des Fünfjahresplanes im 4. Jahr

Die offizielle Presse der Komintern begnügt sich damit, die unzweifelhafte Ueberlegenheit des planwirtschaftlichen Systems über die kapitalistische Produktionsanarchie zu feiern.

Diese Ueberlegenheit ist zweifellos das hervorsteckendste Merkmal der gegenwärtigen Situation und sie ist der gewaltigste Aktivposten der Komintern.

Aber es genügt nicht, sich mit dieser Ueberlegenheit zufrieden zu geben. Unsere Aufgabe als revolutionäre Marxisten besteht darin, die Widersprüche zu untersuchen, die aus der Sowjetgesellschaft stets von neuem entstehen und die um so gefährlicher werden, je mehr sie durch Fehler der Führung verschärft werden und je weniger die Parteimasse, erzogen im Geiste des nationalen Sozialismus, geistig gewappnet ist, den inneren Gefahren entgegenzutreten.

Wir haben im „Mahnruf“ Nr. 22 auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen jetzt die Getreideaufbringung gegenübersteht und die ein grelles Licht auf den „sozialistischen“ Charakter der Landwirtschaft werfen.

Aber nicht weniger ernst ist die Lage in der Industrie. So veröffentlicht die offizielle Zeitschrift „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“ Nr. 20 die Ergebnisse der Roheisen- und Stahlproduktion für das 1. Halbjahr 1931:

| | 1. Halbjahr 1929 | 1. Halbjahr 1930 | 1. Halbjahr 1931 |
|----------|-------------------------|------------------|------------------|
| | i n 1 0 0 0 T o n n e n | | |
| Roheisen | 2067 | 2561 | 2346 |
| Stahl | 2375 | 2876 | 2605 |

Das Zurückbleiben gegenüber dem Jahre 1930 ist erschreckend groß. Vorgesehen war eine Steigerung um ca. 40 Prozent!

Noch aufschlußreicher ist eine Zusammenstellung der „Economicskaja Shisny“ vom 16. August 1931:

| | 1. Halbjahr | | | |
|-----------|-------------------------|------|---------------------|---------|
| | i n 1 0 0 0 T o n n e n | | | |
| | 1930 | 1931 | Vorgesehene Zunahme | Abnahme |
| Roheisen | 2559 | 2350 | + 60 | - 8,1 |
| Rohstahl | 2874 | 2601 | + 43 | - 9,2 |
| Walzwerke | 2295 | 1917 | + 28 | - 16,5 |

Diese alarmierenden Tatsachen bildeten die Hintergründe der Rede Stalins Ende Juni. Seither sind gewisse Verbesserungen erreicht worden. Aber eine Durchführung des Fünfjahresplanes in 4 Jahren scheint auf dem Gebiet der Stahl- und Eisenproduktion sehr unwahrscheinlich. Man ist bemüht, den Stand des Vorjahres zu erreichen.

Was uns Arbeiter schreiben.

Die Winterhilfeaktion in Graz.

Es wurden 10.000 Pakete durch die Bundeswehr gesammelt. Der Staat, der den Hungernden das Betteln verbietet, hat das Betteln auf seine Soldaten übertragen, die nun für den Staat betteln. Ist es nicht ein Hohn, daß sich die Arbeitslosen aber eine Kindererziehungsprämie sichern müssen, damit ihnen das Recht zuteil wird, von alten weggeworfenen Kleidern etwas zu bekommen? Die Gemeinde Graz bettelt nur diejenigen, die mindestens 3 Kinder haben. Es ist ja richtig, wenn man zuerst für die kinderreichen Familien sorgt, aber geht es denen mit 2 Kindern und mit einem Kinde nicht ebenso schlecht? Sollen die Ausgesteuerten Ledigen ihre alten Lumpen so lange tragen, bis sie 3 Kinder gezeugt haben? Es muß gefordert werden, daß alle Bedürftigen, die kein Heim, keine Kleider und kein Heim mehr haben, bettelt werden. Wenn keine Wäsche, keine Kleider vorhanden sind, so muß die Gemeinde Graz sie beschaffen. Mehrere Arbeitslose.

Das Heer der Arbeitslosen vergrößert sich.

In Graz nimmt die Zahl der Arbeitssuchenden immer mehr zu. Es sind bereits 48.000 vorgemerkt und diese Zahl ist noch immer im Steigen. In diesem Winter (nicht mitgerechnet die Altersrentner und die nicht angemeldeten Arbeitslosen) gibt es 60.000 Arbeitslose in Steiermark. Außerdem stehen noch weitere Entlassungen bevor. In der Weitzer Waggon-Fabrik wird jede Woche abgebaut, so daß von 1800 Arbeitern im vorigen Jahre nur mehr 600 im Betriebe stehen. Die Styria-Dürkopp-Werke, die 4-500 Beschäftigte hatten, haben ihren Betrieb ab Dezember ganz gesperrt. Ein Betrieb nach dem andern wird stillgelegt. Brückenbau hat keine Arbeit; man spricht davon, daß der Grazer Betrieb nach Wien verlegt werden soll. Im Drahtzug sind von 5-600 Arbeitern nur mehr 50-60 beschäftigt. Bei der Fiaze A. O., wo noch etwas Arbeit ist, verdienen die Jugendlichen in der Woche 9-12, 13, 15 Schilling und müssen dasselbe leisten, wie Erwachsene. Es ist an der Zeit, daß

wir dem Hungerdasein ein Ende machen. Die revolutionäre Einheitsfront muß entstehen.

Zweierlei Recht.

Das Grazer Zentralarbeitslosen-Komitee hat für den 22. Dezember 1931 am Lendplatz eine Arbeitslosen-Kundgebung einberufen.

Die Polizeidirektion Graz hat diese Kundgebung am Lendplatz auf Grund des Ministerialerlasses über das Versammlungsverbot vom 19. Dezember 1931 bis 6. Jänner 1932 verboten.

Trotzdem sind Arbeitslose in Gruppen in die Stadt zum Hauptplatz gezogen, wobei die Polizei sofort auf die Arbeitslosen Jagd machte und 40 Verhaftungen vornahm. Arbeitslose wollten demonstrieren für ihre Forderungen, für Arbeit, Brot und Freiheit, und bekommen den Gummi-knütel. Jene, die für Arbeit und Brot kämpfen, werden verfolgt und ihre Versammlungen und Demonstrationen verboten. Die Putschisten vom 13. September, die Hochverräter, die Arbeitermörder, der Heimatschutz demonstriert unter dem Schutze der Staatsgewalt, hält Versammlungen ab, zu gleicher Zeit, wo man den Arbeitern die Aufmärsche und öffentliche Versammlungen verbietet. Das ist „Demokratie“! Die Gesetze gelten also nur für uns Arbeiter, für die Bürger gibt es keine Gesetze mehr.

Ein Arbeitsloser.

Die Straßella-Direktion erzwingt die Unterschrift-Abgabe.

Dank der Mithilfe der christlichen und gelben Hahnenschwanz-Gewerkschaften gelang es der Direktion, die Mehrzahl der Angestellten der Grazer Straßenbahnen zur Abgabe der Unterschrift für den Lohnraub zu zwingen. Mit allen Unternehmern hat man sie bearbeitet. Die nicht ihre Unterschrift geben wollten, wurden Tag für Tag zur Direktion berufen. In Form von verstedkten und offenen Androhungen der Entlassung schikaniert, ergab sich einer nach dem andern, um nicht brotlos zu werden. Ein alter Straßenbahner mit 30 Dienstjahren, der nicht unterschreiben wollte, verlangte seine Pensionierung. Die Direktion gab zur Antwort: „Sie sind noch nicht 65 Jahre alt und noch zu jung, Sie können schon gehen, aber ohne Pension.“ Unter dieser Drohung gab er seine Unterschrift.

Der Schaffner Supper, der 30 Dienstjahre hat und auch nicht 65 Jahre alt ist, wurde trotzdem, weil er seine Unterschrift zu geben sich weigerte, frühzeitig pensioniert. Es waren aber doch mehrere Angestellte nicht bereit, ihre Unterschrift auf dieses Schanddokument zu setzen und lehnten die 4-6prozentige Lohnkürzung, Senkung der Welt-nachtsremuneration um 50 Prozent ab. Bei dieser Arbeit hat sich der Personaldirektor Peringer bei Straßella den Orden für besondere Erpresserkunst geholt. Straßenbahner, schafft Euch eine revolutionäre Führung!

Staatlicher Vertragsbruch

Bei den Bundesangestellten.

Im Zuge der Genfersanierung wurden nicht nur 100.000 Angestellte abgebaut, ihr Dienstrecht — ihr Kollektivvertrag — wurde durchbrochen: die Pensionsbemessungsgrundlage wurde von 90 Prozent auf 78,3 erniedrigt, die Dienstdauer von 35 Jahren auf 40 erhöht, und zwar mit Wissen und Willen der Gewerkschaftsführung und der sozialdemokratischen Partei. In der Folge des weiteren Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft, der Bankenkrachs bis zur Credit-Anstalt, mußten die öffentlichen Angestellten weitere Opfer bringen. In drei engen Staffeln wurden den Angestellten vom ärmsten Diener angefangen bis zu den „Höchsten“ ihre Bezüge gekürzt. Den nicht mehr einzudämmenden Wunsch des Dr. Rager, Vizepräsident der Arbeiterkammer um eine doppelte Steuer für die Angestellten, erfüllte die Regierung, d. h. zur Einkommensteuer kam noch die Besoldungssteuer, zur Besoldungssteuer auf weiteren Wunsch des Dr. P.lla noch eine Krisensteuer. Dazu noch der Massenabbau von mittleren und unteren Beamten. Natürlich mußte da der Appetit der Unternehmer angeregt werden. Und dies alles über das Dienstrecht, über die Pragmatik, also über ihren Kollektivvertrag hinweg. Mit Wissen, mit dem Willen der SP-Führung und Gewerkschaftsbonzen. Von diesen wurde die Staatsbeamtenschaft mit der Drohung des Staatsbankrotts und des Faschismus eingeschüchert und so der Kampfwillen und Widerstand gebrochen.

Bei der Credit-Anstalt.

Auf dem Rücken der Angestellten werden auch hier die Summen, die die Herren Direktoren verschwendet haben, hereingebracht. Bis zu 60 Prozent wurden die Gehälter reduziert und einschneidende Bestimmungen des Vertrages verschlechtert. Und all das geschah, obwohl diese Rechte den Angestellten unkündbar bis 1932 gesichert waren. Die Verträge wurden einfach durchbrochen. Die jetzigen „Verträge“ sind keine Kollektivverträge, da sie von den Unternehmern diktiert wurden. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dem Schwindel der SP-Führer, die jeden Raub, jeden Unternehmervorstoß und Rechtsraub an den Angestellten einstecken, wenn sie nur dazu ja sagen dürfen. Wir haben es bei der Credit-Anstalt und ihren Konzernbetrieben mit einer Kette erpresserischer und schamloser Methoden zu tun, die sich gegen das gesamte Proletariat richten.

Bei den Eisenbahnen.

Ein ganz besonderes Provokationsstück setzt die Regierung bei den Eisenbahnen ins Werk. Nicht weniger als 10.000 Eisenbahner sollen abgebaut werden. Eine abermalige empfindliche Kürzung der Nebengebühren und des Gehaltes droht. Mit den vorangegangenen Kürzungen haben die Eisenbahner einen Raub eines Viertels ihrer Bezüge innerhalb eines halben Jahres zu gewärtigen. Und dieser neuerliche Lohnraub ist geplant, obwohl 60 Prozent des Personals Bezüge von 170 Schilling hat. Bei den Eisenbahnern geht es außerdem um den großen Angriff gegen die Personalvertretung und die Dienstordnung. Es ist klar, daß sich dieser Vorstoß gegen das Betriebsrätesystem richtet.

Eine Schicht des Proletariats nach der andern wird auf diese Weise niedergedrückt. Und das ist noch lange nicht das Ende der Lohnrauboffensive. In den Gewerkschaften muß der revolutionäre Widerstand gegen das Hungerregime organisiert werden.

Lunatscharski über Trotzki

„Als Lenin verwundet dalag — wir meinten, es wäre tödlich — hat niemand unsere Gefühle besser zum Ausdruck gebracht, als Trotzki. In den großen Stürmen der Weltereignisse sagte Trotzki, der zweite Führer der russischen Revolution, der absolut nicht zur Sentimentalität neigte: „Wenn man bedenkt, daß Lenin stirbt, so scheint es, daß unser aller Leben unnütz sei, und man wünscht, nicht mehr zu leben.“ (Aus „Revolutionäre Silhouetten.“ 1923.)

Jaroslowski über Trotzki

„Die zu unserer Verfügung stehenden Artikel umfassen eine Zeit von zwei Jahren. Vom 15. Oktober 1900 bis zum 12. Dezember 1902. Die Sibirier lasen mit Begeisterung die glänzenden Artikel und warteten mit Ungeduld auf ihr Erscheinen. Nur wenige wußten, wer ihr Autor war und die, die Trotzki kannten, dachten damals am wenigsten, daß er einer der anerkannten Leiter der revolutionären Armee und der größten Revolution der Welt sein wird.“ (1923.)

Derselbe Jaroslowski ist heute der niederträchtigste Verleumder Trotzki's und Fälscher der Geschichte der Oktoberrevolution.

Spendet Profonds!

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novar-gasse 24. (Im Auftrage der komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.